



Informationen für Projektmitarbeitende zur Datenerhebung in ESF Plus-geförderten Projekten

Diese Informationen machen transparent, wie die Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) als ESF-Verwaltungsbehörde mit personenbezogenen Daten von Projektmitarbeitenden im Rahmen von ESF Plus-geförderten Projekten umgeht.

Damit werden die Informationspflichten aus den Art. 12 bis 14 Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union (DSGVO) erfüllt.

Der Schutz von personenbezogenen Daten genießt einen sehr hohen Stellenwert. Deshalb erfolgt die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Inhaltsverzeichnis

1. Wer sind wir?	2
2. Wer sind Ihre Ansprechpersonen?.....	2
3. Zu welchem Zweck verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten?	2
4. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?	2
5. Wie verarbeiten wir diese Daten?	3
6. An wen geben wir Ihre Daten weiter?	3
7. Wie lange speichern wir Ihre Daten?	3
8. Welche Rechte (Auskunftsrecht, Widerspruchsrecht usw.) haben Sie?	3

1. Wer sind wir?

Die Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde), vertreten durch die Amtsleitung Arbeit und Integration (AI) als ESF-Verwaltungsbehörde, setzt in Hamburg das ESF Plus-Programm um.

2. Wer sind Ihre Ansprechpersonen?

Wenn Sie Fragen im Zusammenhang zur ESF-Verwaltungsbehörde haben, wenden Sie sich an:

- Die Sozialbehörde als ESF-Verwaltungsbehörde
Referatsleitung ESF-Programmsteuerung, Herr Strunk, Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg
- Den Datenschutzbeauftragten der Sozialbehörde, Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg, Telefon: (040) - 426 63 - 0 (Zentrale), E-Mail: datenschutz@soziales.hamburg.de

3. Zu welchem Zweck verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten?

Die ESF-Verwaltungsbehörde ist für die Planung und Steuerung der Umsetzung des Operationellen Programms sowie die Überwachung einer ordnungsgemäßen Durchführung und die Erfüllung sämtlicher Berichtspflichten gegenüber der Europäischen Kommission verantwortlich.

Zu den Aufgaben bzw. Verpflichtungen der ESF-Verwaltungsbehörde gehört auch die Durchführung von Evaluationsmaßnahmen. Die Sozialbehörde beauftragt als ESF-Verwaltungsbehörde unabhängige Einrichtungen mit der Durchführung von Evaluationen. Im Einzelfall kann es erforderlich sein, dass Mitarbeitende von Projekten, die mit Mitteln des ESF Plus gefördert werden, befragt werden.

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten dient der Weiterleitung an die Evaluatorinnen bzw. Evaluatoren, damit diese Sie kontaktieren können.

Die Datenverarbeitung erfolgt durch die ESF-Verwaltungsbehörde gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c, e DSGVO, § 4 HmbDSG i.V.m. der Verordnung (EU) 2021/1060 (Dach-VO) sowie der Verordnung (EU) 2021/1057 (ESF+ VO). Der Projektträger dieser Maßnahme wurde von der Sozialbehörde per Zuwendungsbescheid zur Verarbeitung Ihrer Daten verpflichtet.

Die Teilnahme an Evaluationsmaßnahmen ist für Sie freiwillig.

4. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?

Wir verarbeiten Kontaktdaten von Ihnen (z. B. Vor- und Nachname, private bzw. berufliche Anschrift, private bzw. berufliche Telefonnummer, berufliche oder private E-Mailadresse).

Welche Kontaktdaten konkret von Ihnen verarbeitet werden, entscheidet sich im Einzelfall. Zur Zweckerreichung ist es ausreichend, dass Sie von den Evaluatoreninnen bzw. Evaluatoren erreicht werden können.

5. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Sofern im Rahmen von Evaluationsmaßnahmen die Befragung von Projektmitarbeitenden zur Erreichung von Evaluationszielen erforderlich ist, wird dies durch die von der ESF-Verwaltungsbehörde mit der Evaluation beauftragte Einrichtung angezeigt. Die ESF-Verwaltungsbehörde tritt dann an die entsprechenden Projektträger heran und bittet um die Übersendung von Kontaktdaten von Projektmitarbeitenden. Nach Erhalt der Kontaktdaten werden diese durch die ESF-Verwaltungsbehörde an die beauftragte Einrichtung weitergeleitet.

6. An wen geben wir Ihre Daten weiter?

Wir geben Ihre Kontaktdaten an die von der ESF-Verwaltungsbehörde beauftragten Einrichtung weiter, damit diese Sie kontaktieren können.

7. Wie lange speichern wir Ihre Daten?

Ihre personenbezogenen Daten werden unmittelbar nach Abschluss der gemäß Verordnung (EU) Nr. 2021/1057 vorgesehenen Berichte und Bewertungen an bzw. für die Europäische Kommission gelöscht. Dieses ist voraussichtlich spätestens 2034 mit Abnahme des Abschlussberichts der Fall.

8. Welche Rechte (Auskunftsrecht, Widerspruchsrecht usw.) haben Sie?

Sie haben nach der DSGVO verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich insbesondere aus Artikel 15 bis 18 und 21 DSGVO.

• Recht auf Auskunft

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren und zum Verfahrensabschnitt gemacht werden.

• Recht auf Berichtigung

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

• Recht auf Löschung

Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt unter anderem davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.

• **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**

Sie haben das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

• **Recht auf Widerspruch**

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings können wir dem nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung verpflichtet.

• **Recht auf Beschwerde**

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir Ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind, können Sie bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einlegen:

Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Ludwig-Erhard-Straße 22, 20459 Hamburg

Telefon: (040) 428 54 - 40 40

E-Fax: (040) 428 54 - 4000

E-Mail: mailbox@datenschutz.hamburg.de

Allgemeine Hinweise zu diesen Rechten

In einigen Fällen können oder dürfen wir Ihrem Anliegen nicht entsprechen. Sofern dies gesetzlich zulässig ist, teilen wir Ihnen in diesem Fall immer den Grund für die Verweigerung mit.

Wir werden Ihnen aber grundsätzlich innerhalb eines Monats nach Eingang Ihres Anliegens antworten. Sollten wir länger als einen Monat für eine abschließende Klärung brauchen, erhalten Sie eine Zwischennachricht.